

Hähnchenmastanlage: SPD ruft Petitionsausschuss an

(sps) | 29.08.2008, 17:36

Vettweiß. In einer emotionsgeladenen Sitzung mit rund hundert Zuhörern hat der Rat der Gemeinde Vettweiß am Donnerstagabend mit Mehrheit sein Einvernehmen zur Errichtung und Betrieb der umstrittenen Hähnchenmastanlage bei Müddersheim erteilt.

Vier Ratsmitglieder stimmten dagegen, 20 votierten für den Bau der Anlage. Die nächste Runde im Streit um die von der Freiherr von Geyr'schen Gutsverwaltung geplante Anlage wird am 20. Oktober eingeläutet, wenn der Kreis als zuständige Genehmigungsbehörde im Rathaus in Vettweiß die öffentliche Erörterung der in der Offenlegungsfrist eingegangenen Bedenken beginnt.

Ausführlich erläuterte ein mit Nerven wie Drahtseilen ausgestatteter Bürgermeister Josef Kranz das Verfahren nach Immissionsschutzgesetz und Baugesetzbuch, nach denen letztlich der Kreis die Entscheidung zu treffen hat.

Auch verwies der Verwaltungschef auf den Acht-Punkte-Katalog mit weiteren Auflagen, den der Bau- und Planungsausschuss jüngst formulierte. «Es gibt keine Gründe das Einvernehmen zu versagen», stellte Kranz unter ersten Missfallensbekundungen aus den Zuhörerreihen fest. Mehrfach unterbrach der Bürgermeister die Sitzung und gab den Gegnern des Projekts Gelegenheit zur Äußerung.

Ein auf Sachlichkeit bedachter BMUV-Vorsitzender Wolfgang Mödder wiederholte die bekannten Argumente und verwies auf 4157 Unterschriften gegen das Projekt.

Die Gemeinde stelle sich konträr zu ihrem Selbstverständnis als Wohngemeinde, der Antrag des Betreibers sei «unpräzise und in Teilen unrichtig» und bei Genehmigung seien weitere Streitereien programmiert.

«Entscheiden Sie nach Gewissen und Verstand», forderte Mödder, der nur einmal den Pfad der Sachlichkeit verließ als er «die charakterliche Eignung des Betriebsleiters» in Frage stellte.

Diese Äußerung war für einige Ratsmitglieder Anlass, demonstrativ den Saal zu verlassen. Unter dem Vorwurf «eines mangelnden Demokratieverständnisses» (Mödder) quittierten einige Zuhörer den Auszug mit Buh-Rufen.

Bürgermeister Kranz drohte mit der Anwendung des Hausrechts und rief zur Sachlichkeit auf. Die Vorsitzenden der Ratsfraktionen wandten sich einvernehmlich gegen Vorwürfe aus den Reihen der BMUV nicht intensiv genug Plan und Gegenargumente geprüft zu haben.

«Wir haben uns in zehn Sitzungen mit der Sache beschäftigt, mit der BMUV gesprochen und deren Veranstaltungen besucht und mit ihr diskutiert», so BI-Vorsitzender Jürgen Kemmerling. «Wir haben es uns nicht einfach gemacht», erklärte auch SPD-Fraktionschef Jürgen Ruskowski,

der «rein normativ» kein Argument fand, das Einvernehmen abzulehnen.

Dennoch habe seine Partei den Petitionsausschuss des Landtages eingeschaltet, so Ruskowski, der sich gegen ins Persönliche gehende Angriffe der Gegner wandte: «So geht man nicht miteinander um». Helmut Kemmerling (CDU) fasste sich kurz: «Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor». Unter der Beachtung des Acht-Punkte-Kataloges stimme die CDU zu.

Birgit Kühn (Grüne), die zu Beginn als neues Ratsmitglied eingeführt worden war, beantragte namentliche Abstimmung. Die von Hedwig Buir (FDP) geforderte geheime Abstimmung fand keine Mehrheit. Vier Ratsmitglieder, Buir und Kühn sowie zwei Mitglieder der BI, stimmten gegen das Einvernehmen.

www.az-web.de/sixcms/detail.php?template=az_detail&id=636401